

Unterrichtsprojekt
„Schule und Archiv“
im Regierungsbezirk Unterfranken

Die Entrechtung und Verschleppung der mainfränkischen Juden im Spiegel der Gestapo-Akten des Würzburger Staatsarchivs

Unterrichtsmodell für den Geschichtsunterricht
in der 9. Jahrgangsstufe

erarbeitet im Schuljahr 2008/2009 vom Gymnasium Marktbreit
(StRin Katja Schulte-Bockholt)

in Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv Würzburg
(Archivoberrätin Dr. Ingrid Heeg-Engelhart)

Inhalt

Inhalt.....	2
1 Einleitung.....	3
2 Praktische Hinweise	4
3 Historische Einführung.....	7
3.1 Jüdisches Leben in Mainfranken bis in die Zeit des Nationalsozialismus	7
3.2 Deportation und Vernichtung der Juden aus Mainfranken.....	10
4 Inhaltliche und methodisch-didaktische Einführung in das Quellenmaterial.....	17
4.1 Die sogenannten Deportationsakten	17
4.2 Gestapoeinzelakten.....	19
4.3 Das sogenannte Deportationsalbum	19
5 Das Archivprojekt für die neunte Jahrgangsstufe.....	21
5.2 Erste Stunde: Inhaltliche und praktische Vorbereitung auf die Arbeit im Archiv	21
5.3 Zweite und dritte Stunde: Archivbesuch	23
5.4 Vierte Stunde: Auswertung	25
Quellenverzeichnis	27
Literaturverzeichnis	27

1 Einleitung

In diesem Projekt sollen die Schülerinnen und Schüler¹ der Mittelstufe einen historischen Sachverhalt, nämlich die Ausgrenzung, Verschleppung und Ermordung der mainfränkischen Juden in den Jahren 1941/42, aus den Akten des Würzburger Staatsarchivs erarbeiten.

Die Grundlage hierfür bilden drei unterschiedliche Quellengruppen. Zum einen werden die „Deportationsakten“ untersucht. Hierbei handelt es sich um Aktenmaterial der Gestapo Würzburg, das die Vorbereitung, Organisation und Durchführung der einzelnen Deportationsmaßnahmen minutiös dokumentiert. Zum anderen werden die Gestapo-Akten einzelner jüdischer Bürger analysiert, welche die Diskriminierung und Verfolgung der Deportationsopfer vor ihrer Verschleppung sichtbar machen. Als dritte Quelle analysieren die Schüler das „Deportationsalbum“. Hierbei handelt es sich um eine Sammlung von etwa 120 Fotos, die von der Gestapo angelegt worden ist um die ersten drei Deportationen mainfränkischer Juden fotografisch festzuhalten.

Im Rahmen dieser Quellenarbeit erhalten die Schüler einen erschreckenden Einblick in die Verwaltungsmaschinerie, die hinter der Deportation Tausender von Menschen stand. Sie können sehen, wie eine Deportationsmaßnahme geplant und durchgeführt wurde. Beim Studium dieser Quellen entwickeln sie ein Verständnis dafür, dass es sich bei den Deportationen um einen hochkomplexen, minutiös geplanten und durchgeführten Vorgang handelte, der enorme Kapazitäten an Organisation und Verwaltung erforderlich machte.

Außerdem erhalten sie einen Einblick in das Schicksal einzelner Deportationsopfer. Die Gestapo-Akten, die über einzelne jüdischen Bürger angelegt worden sind, beleuchten schlaglichtartig ihre gesellschaftliche Ausgrenzung, ihre schrittweise Entrechtung und Beraubung sowie die Verfolgung, der sie durch den Apparat der Gestapo ausgesetzt waren.

Während des ganzen Projekts vertieft sich bei den Schülern das Bewusstsein, dass der Holocaust direkt in ihrer Umgebung stattgefunden hat. Täter und Opfer stammen teilweise direkt aus ihren Heimatorten.

¹ Im Folgenden wird der Einfachheit halber immer von „Schülern“ gesprochen.

2 Praktische Hinweise

Vorplanung:

Für einen Archivbesuch im Rahmen des hier erarbeiteten Projekts muss zuvor mit dem Staatsarchiv Würzburg Rücksprache gehalten werden. Hier ist die Ansprechperson die Archivberrätin Frau Dr. Ingrid Heeg-Engelhart, die dieses Projekt auch mit dem Gymnasium Marktbreit durchgeführt hat. Sie ist unter folgender Anschrift zu erreichen:

Dr. Ingrid Heeg-Engelhart
Residenz-Nordflügel
97070 Würzburg
Tel.: 0931/3552932

Methodik des Projekts:

Die Schüler arbeiten im Archiv in Arbeitsgruppen von drei bis vier Schülern. Jede Gruppe hat ein Geheft aus vier Arbeitsblättern vor sich liegen (Anhang 2).

Als Quellen erhält jede Gruppe eine gewisse Anzahl von Akten. Außerdem gibt es eine „Informationsstation“, welche die Schüler zu einzelnen Fragen konsultieren müssen.

Es empfiehlt sich, für jede Arbeitsgruppe eine Pappkladde oder Mappe bereitzustellen, in welche das zu bearbeitende Aktenmaterial eingelegt werden kann.

Bereitstellen des Quellenmaterials:

Die Quellen, die für dieses Projekt als Grundlage dienen, sind erstens die Deportationsakten der Gestapo Würzburg, zweitens das sogenannte Deportationsalbum und drittens eine Anzahl von Gestapoeinzelakten, die über einzelne Deportationsopfer angelegt wurden.

Das „*Deportationsalbum*“ wird aufgrund seines immensen Werts nicht mehr an Archivbesucher herausgegeben. Es ist aber vollständig in dem Ausstellungskatalog „Wege in die Vernichtung“, der von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns herausgegeben wurde, abgelichtet. Dieser Katalog ist im Staatsarchiv in zweifacher Ausführung vorhanden.

Die *Gestapoeinzelakten* liegen im Staatsarchiv als Originale vor, mit denen die Schüler aus Sicherheitsgründen jedoch nicht arbeiten sollten. Deswegen ist im Staatsarchiv ein Ordner bereitgestellt, in dem Kopien aller Gestapoeinzelakten dieses Projekts in zweifacher Ausführung vorhanden sind. Dennoch ist es sinnvoll, zu Beginn des Projekts eine ausreichende Anzahl von Originalen solcher Akten bereitzustellen (Aktenummern: siehe Übersicht am Ende dieses Kapitels), in denen die Schüler etwa 20 Minuten lang vorsichtig blättern können, bevor sie zu ihrer eigentlichen Arbeit mit den Kopien übergehen.

Die *Deportationsakten* liegen im Staatsarchiv als Kopien vor und können in dieser Form auch von den Schülern benutzt werden. Sie müssen einige Tage vor dem Projekt bestellt und kurz vor dem Projekt in die entsprechenden Mappen für die Arbeitsgruppen eingeordnet werden.

Weil das Themengebiet dieses Projekts sehr sensibel ist, wurde darauf verzichtet, die Akten als Kopien im Anhang dieser Arbeit mitzuliefern.

Bereitstellen des Materials zur „Informationsstation“:

Alle Einzelblätter, welche die Schüler an der Informationsstation einsehen müssen, sind in ausreichender Anzahl im oben erwähnten Ordner zu dem Projekt abgeheftet.

Folgende Bücher können vom Staatsarchiv als Handapparat zur Verfügung gestellt werden:

- Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Koblenz 1986
- Israel Gutman (Hg.): Enyklopädie des Holocaust, Berlin 1993
- Wolfgang Scheffler, Diana Schulle (Bearb.): Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden, München 2003
- Elmar Schwinger: Von Kitzingen nach Izbica, Kitzingen 2009
- Rainer Strätz (Hg.): Biographisches Handbuch Würzburger Juden 1900-1945, Würzburg 1989
- Joseph Walk (Hg.): Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat, Heidelberg 1981
- Wege in die Vernichtung, herausgeg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003

Zeitraumen:

Sollen die Schüler die Quellen sorgfältig studieren und die Arbeitsaufträge ausführlich beantworten, sollte eine reine Arbeitszeit von guten drei Stunden einkalkuliert werden. Aber natürlich kann man die Arbeitszeit auch kürzer gestalten, indem man einige Fragen der einzelnen Arbeitsgruppen streicht.

Folgender Ablauf ist zu empfehlen:

- Einführung in die Bestände und die Arbeit des Staatsarchivs durch einen Mitarbeiter des Staatsarchivs sowie vorsichtiges Blättern in einigen Originalakten (45 - 60 Minuten)
- Erarbeitungsphase (60 Minuten)
- Pause (60 Minuten)
- Erarbeitungsphase (60 Minuten)
- Kurze Reflexionsphase am Schluss (offene Fragestellung in der Gesamtgruppe zu dem, was die Schüler bei dem Archivbesuch besonders berührt hat (15 - 20 Minuten))

„Checkliste“:

- Deportationsakten und Gestapo-Personenakten beim Staatsarchiv bestellen (Aktenummern: siehe Übersicht am Ende dieses Kapitels)
- Beim Staatsarchiv um die Bereitstellung des Handapparats bitten
- Pappkladden für die einzelnen Arbeitsgruppen besorgen und beschriften
- Arbeitsblätter in ausreichender Anzahl kopieren
- Kurz vor Projektbeginn: Quellen in die dafür vorgesehenen Mappen einordnen

Folgende Arbeitsgruppen können in der neunten Klasse gebildet werden:

Arbeitsgruppe	Inhalt	Akte
1	Die Täter der ersten Deportation: Offizielle Erlasse, Richtlinien und Verordnungen für die Beamten der Gestapo zur ersten Deportation am 27.11.1941	Gestapo 18873 , Blätter 1-20 (muss bestellt werden)
2	Die Opfer der ersten Deportation vom 27.11.1941	Gestapo 18874 , ganze Akte (muss bestellt werden)
3	Die Täter der zweiten Deportation: Offizielle Erlasse, Richtlinien und Verordnungen für die Beamten der Gestapo zur zweiten Deportation am 24.03.1942	Gestapo 18875 , Blätter 1-12 (muss bestellt werden)
4	Die Opfer der zweiten Deportation vom 24.03.1942	Gestapo 18875 , ab Blatt 13 (muss bestellt werden)
5	Gestapo-Akte von Bella Kastanienbaum (Opfer der ersten Deportation vom 27.11.1941)	Gestapo 3203 (liegt als Kopie in zweifacher Ausführung vor)
6	Gestapo-Akte von Mina Sängler (Opfer der zweiten Deportation vom 24.03.1942)	Gestapo 11662 (liegt als Kopie in zweifacher Ausführung vor)
7	Deportationsalbum (von der Gestapo beauftragte Fotoaufnahmen der ersten drei Deportationen)	Katalog „Wege in die Vernichtung“ (liegt in zwei Ausführungen vor)

Weitere Einzelakten, die für die Phase, in der die Schüler in den Originalen blättern dürfen, bestellt werden können:

- Akte von Karl Handburger (Gestapo 367)
- Akte von Karl Lauber (Gestapo 5680)
- Akte von Susi Lauber (Gestapo 5683)
- Akte von Jakob Hirnheimer (Gestapo 1604)

3 Historische Einführung

Im Folgenden soll eine kursorische Darstellung der für dieses Projekt wichtigen lokalthistorischen Sachverhalte folgen. Sie erhebt weder den Anspruch auf Vollständigkeit noch beinhaltet sie neue Forschungsergebnisse. Diese Darstellung soll lediglich der Lehrkraft, die das Projekt durchführen möchte, als Orientierung dienen, soweit sie nicht selbst ohnehin mit der Materie vertraut ist.

3.1 Jüdisches Leben in Mainfranken bis in die Zeit des Nationalsozialismus

3.1.1 Mittelalter und frühe Neuzeit

In Mainfranken haben sich etwa seit dem 12. Jahrhundert die ersten Juden angesiedelt. Es handelte sich hierbei wohl um rheinische Juden, die vor den im Rahmen des ersten Kreuzzugs stattgefunden habenden Judenpogromen in Franken Zuflucht suchten. In den nächsten Jahrhunderten wurden die jüdischen Gemeinden in und um Würzburg immer wieder durch Pogrome stark dezimiert oder sogar vernichtet.² Als prominentes Beispiel sei hier der sogenannte Rintfleisch-Pogrom von 1298 genannt, in dem ein verarmter Adeliger dieses Namens eine marodierende Horde Menschen anführte, die in Franken Hunderte von Juden ermordete. Im unmittelbaren Umfeld dieser Pogrome stehen häufig falsche Beschuldigungen und Verleumdungen, z. B. die Juden würden Hostien stehlen und diese durchstechen. Solche Beschuldigungen wurden etwa in Röttingen oder Iphofen erhoben und waren nicht, wie zunächst vermutet, der Anlass dieses Pogroms, sondern dienten wohl als dessen nachträgliche Rechtfertigung.³ Die Pestwelle des 14. Jahrhunderts entlud sich ebenfalls in zahlreichen Pogromen gegen die jüdischen Gemeinden, wobei den Juden z. B. vorgeworfen wurde, sie vergifteten die Brunnen der Christen. Dennoch gab es auch immer wieder Phasen des friedlichen Zusammenlebens zwischen Juden und Christen. Die Juden waren als Kaufleute und Geldgeber ihrer christlichen Nachbarn tätig. Außerdem übten sie in Folge der strengen Speisevorschriften im jüdischen Glauben häufig Berufe wie Winzer, Bäcker oder Metzger aus und standen so in engem Kontakt mit der nichtjüdischen Bevölkerung.⁴

Im 16. Jahrhundert wurden die Würzburger Juden durch den bischöflichen Stadtherrn für Jahrzehnte aus der Stadt vertrieben und siedelten sich in stadtnahen Landgemeinden an. Dieses Bild eines weiten Netzes jüdischer Landgemeinden prägt die mainfränkische Region bis ins zwanzigste Jahrhundert hinein: In den 30er Jahren leben noch drei Fünftel der mainfränkischen Juden auf dem Land.⁵

Die finanzielle Situation der Juden war ähnlich der ihrer christlichen Nachbarn sehr vielfältig. Es gab sowohl mittellose umherziehende „Betteljuden“ als auch finanzkräftige jüdische Familien. So gründete etwa die aus Gaukönigshofen stammende Familie Hirsch im Jahr 1800 in Ansbach ein Bankhaus, das zu den bedeutendsten Geldgebern dieser Region für die Frühindustrialisierung gezählt werden kann.⁶

3.1.2 Von der napoleonischen Zeit bis zum Ende des Kaiserreichs

Mit der Übernahme des Fürstbistums Würzburg durch Bayern im Jahr 1802 begann nun für die mainfränkischen Juden der lange Weg zur Gleichstellung. In Bayern durften die Juden ab 1816 Land erwerben, erhielten Zugang zu den Universitäten sowie die Zulassung zu fast allen Berufen. Allerdings führten die Konkurrenzangst nichtjüdischer Kaufleute und Handwerker, der wachsende

² Christoph Daxelmüller: Tausend Jahre Juden in Würzburg - eine wechselvolle und tragische Geschichte, in: Christoph Daxelmüller, Roland Flade: Ruth hat auf einer schwarzen Flöte gespielt. Geschichte, Alltag und Kultur der Juden in Würzburg, Würzburg 2005, S. 8 ff.

³ Josef Endres: Hl. Blut in Iphofen, Würzburg 2007, S. 11 ff.

⁴ Daxelmüller, S. 11 f.; Endres, S. 25 f.

⁵ Alexander M. Klotz: Zur Situation der Juden in Unterfranken nach dem Ersten Weltkrieg, in: Wege in die Vernichtung, herausgeg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 41.

⁶ Daxelmüller, S. 19 ff.

Nationalismus sowie eine tiefe, mit Urbanisierung und Industrialisierung verbundene Verunsicherung der Menschen in der frühen Moderne immer wieder zu Ausschreitungen und Pogromen gegen die jüdische Minderheit. Mit der Abschaffung der „Judensteuer“ im Jahr 1880 war zumindest formalrechtlich die über viele Jahrhunderte dauernde Sonderstellung der Juden beseitigt, wenngleich die sich daran anschließende tatsächliche gesellschaftliche Integration schleppend verlief. Dennoch begannen mit der rechtlichen und sozialen Gleichstellung die Assimilierung der jüdischen Bürger und die Säkularisierung der jüdischen Kultur. Viele Juden waren nun nicht mehr religiös und identifizierten sich mit dem neu entstandenen Nationalstaat. Sie kämpften aktiv im deutsch-französischen Krieg oder unterstützten ihn finanziell. Ein Beleg dieses veränderten Selbstverständnisses ist die Architektur der 1883 fertiggestellten Kitzinger Synagoge, deren äußere Gestaltung in deutsch-historistischer, an die christliche Sakralarchitektur angelehnter Bauweise errichtet wurde, während der Innenraum deutlich maurische, orientalische und jüdisch-sakrale Gestaltungsmerkmale aufweist. Die Gestaltung dieser Synagoge bringt also das Spannungsverhältnis zwischen Assimilation und Hervorhebung der jüdischen Identität deutlich zum Ausdruck.⁷

Trotz der Assimilationsversuche setzten sich antisemitische Einstellungen und Verhaltensweisen in der deutschen Gesellschaft des Kaiserreichs fort. Beginnend mit der Gründerkrise von 1873 flammte der Antisemitismus nach der relativ ruhigen und integrativen Phase der Gründerjahre wieder auf: 1882 gab es in Würzburg erneut eine Ritualmordverleumdung, welche journalistisch stark aufgebauscht wurde; 1893 hatte die Antisemitenpartei 16 Sitze im Reichstag. Diese antisemitistischen Tendenzen nach der Reichsgründung führten bei vielen jüdischen Bürgern, die einen Teil ihrer jüdischen Identität für die Hoffnung auf Integration und Assimilation aufgegeben hatten, zu einer Verunsicherung, die sich teilweise in einer Rückbesinnung auf die jüdische Religion und Lebensweise, teilweise in zionistischen Vorstellungen, aber teilweise auch in noch intensiveren Assimilationsversuchen niederschlug. Letztere zeigten sich besonders in der engagierten Teilnahme am Ersten Weltkrieg sowie an dessen finanzieller Unterstützung. Dass der Antisemitismus auch in dieser Zeit latent weiterbestand, beweist der zur Zeit der sich abzeichnenden militärischen Niederlage vielfach erhobene Vorwurf, viele Juden würden ihre Kriegspflicht nicht ausreichend erfüllen.⁸ Dennoch werden viele hoch dekorierte jüdische Kriegsteilnehmer später denken, ihre Kriegsauszeichnungen könnten sie vor Verfolgung und Vernichtung schützen.

3.1.3 Weimarer Republik

Zu Beginn der Weimarer Republik war der Anteil der sich zum jüdischen Glauben bekennenden Bürger an der Gesamtbevölkerung in Unterfranken deutlich höher als in allen Regionen des restlichen Bayerns und betrug etwas mehr als ein Prozent. In den landwirtschaftlich strukturierten Gebieten übernahmen die Juden wichtige Aufgaben im Wirtschaftsleben. Sie traten im Handel landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere im Viehhandel auf und waren im Bereich des kleineren Kreditwesens tätig, welcher häufig von den Kreditinstituten nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Die jüdischen Gemeinden Unterfrankens waren alle dem 1920 gegründeten Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden (VBIG) angeschlossen, der ihre Interessen gegenüber dem Staat vertrat und das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Gemeinden mitorganisierte.

Während und nach der großen Depression von 1929 nahm die Anzahl jüdischer Bürger aufgrund von Ab- und Auswanderung sowie aufgrund eines Geburtenrückgangs ab, die Zahl der jüdischen Gemeinden blieb jedoch relativ konstant. Trotz der engen wirtschaftlichen Verknüpfung von Juden und Nichtjuden in den ländlichen Gebieten Unterfrankens trat im Laufe der Weimarer Republik auch in diesen Regionen, wenn auch zunächst etwas schwächer ausgeprägt als im übrigen Bayern, ein völkisch-nationalistischer und rassenideologisch begründeter Antisemitismus zu Tage.

In Unterfranken hetzte vor allem der spätere Gauleiter Otto Helmuth die Bevölkerung durch Zeitungsartikel und NSDAP-Parteiveranstaltungen zum Antisemitismus auf und förderte die ebenfalls

⁷ Elmar Schwinger: Von Kitzingen nach Izbica. Aufstieg und Katastrophe der mainfränkischen Israelitischen Kultusgemeinde Kitzingen. Schriften des Staatsarchivs Kitzingen, Bd. 9, Kitzingen 2009, S. 56; Daxelmüller, S. 31.

⁸ Daxelmüller S. 32 ff.

stark antisemitisch geprägte Agitatorin Andrea Ellendt. Beide veröffentlichten ihre antisemitischen Hetzartikel häufig im „Marktbreiter Wochenblatt“.⁹ Die wirtschaftlich und gesellschaftlich aufs Äußerste angespannte Situation nach der Weltwirtschaftskrise machte sich auch in Ausschreitungen gegen die Juden bemerkbar: Ein unaufgeklärter Mord an einem kleinen Jungen bei Hofheim wurde von den Nationalsozialisten in der Presse als jüdischer Ritualmord deklariert; 1930 kam es zu erheblichen Ausschreitungen, als das Moskauer hebräische Künstlertheater „Habima“ im Würzburger Stadttheater ein Stück zur Aufführung brachte.¹⁰

Dennoch muss betont werden, dass im Verlauf des Kaiserreichs und der Weimarer Republik eine nicht zu vernachlässigende Integration der jüdischen Bürger stattgefunden hat. Juden waren Mitglieder in „deutschen“ Vereinen, sie waren Ärzte, Anwälte oder Geschäftsleute. Große Würzburger Kaufhäuser wie etwa das Kaufhaus Ruskewitz (heute Kaufhof) oder Wilhelm Zapf (heute Woolworth) prägten das Stadtbild von Würzburg und das Wirtschaftsleben seiner Einwohner.¹¹ Daher kann die von den Nationalsozialisten durchgeführte Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung der jüdischen Bürger nicht einfach als bruchlose Kontinuitätslinie zu den antisemitischen Tendenzen in den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik gesehen werden, sondern bedarf einer differenzierteren Betrachtung.

3.1.4 Nationalsozialismus

Nach der Machtergreifung fanden auch in Würzburg und Umgebung die einschlägig bekannten Maßnahmen statt, beginnend mit dem Boykott jüdischer Geschäfte über die Durchsetzung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, die Förderung der jüdischen Auswanderung und die Beschränkung der jüdischen Studenten an der Universität bis hin zur Einschränkung der Berufsausübung für Juden, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Vandalismus und die Zerstörungswut gegenüber jüdischen Einrichtungen nahmen zu, eine Strafverfolgung dieser Delikte unterblieb zunehmend. Auch in Mainfranken waren die Nürnberger Gesetze von 1935 ein entscheidender Schritt hin zur gänzlichen Entrechtung der jüdischen Bürger. Sie entzogen den Juden ihre staatsbürgerlichen Rechte und führten zu weiteren Entlassungen der jüdischen Bürger aus öffentlichen Ämtern, zu Berufsverböten und zur Streichung von Sozialleistungen. Als eines der wenigen noch möglichen Betätigungsfelder blieb den Juden der Viehhandel. Gerade in Unterfranken existierte eine langjährige Zusammenarbeit zwischen jüdischen Viehhändlern und fränkischen Landwirten, welche für das nationalsozialistische Regime zunächst nur schwer zu zerstören war.¹²

Einen vorläufigen Höhepunkt der antijüdischen Gewaltakte bildete der Pogrom vom 10. und 11. November. Wie in ganz Deutschland fanden die Zerstörung jüdischen Besitzes sowie die Misshandlung und Tötung zahlreicher Menschen auch in Würzburg und Umgebung statt, wobei in den jüdischen Landgemeinden die Gewalt oft von außen gezielt hineingetragen wurde. Im Rahmen dieser „Reichskristallnacht“ wurden zahlreiche männliche jüdische Bürger in „Schutzhaft“ genommen, was man anhand der Würzburger Gestapo-Akten gut verfolgen kann.

Im Folgenden zog sich die Schlinge immer enger um die noch in Deutschland verbliebenen jüdischen Bürger. Sie verloren ihre Mietrechte und wurden in sogenannten Judenhäusern untergebracht. Noch bestehende Betriebe wurden „arisiert“. Wegen des kriegsbedingten Arbeitskräftemangels wurden Juden zu Straßen-, Wald- und Feldarbeitseinsätzen gezwungen, wobei selten tarifliche Entlohnung oder Versicherungsschutz vorlagen. Ihre Konten waren gesperrt, ihnen blieb abgesehen von einem

⁹ Roland Flade: Die Würzburger Juden. Ihre Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Würzburg 1987, S. 241 f.

¹⁰ Klotz, S. 41 ff.

¹¹ Flade, S. 221 ff.

¹² Für die Gemeinde Gaukönigshofen hat Thomas Michel in seiner Dissertation diese Zusammenarbeit und die schrittweise Diskriminierung von jüdischen Mitbürgern innerhalb eines jahrzehntelangen funktionierenden christlich-jüdischen Sozialgefüges ausführlich untersucht: Thomas Michel: Die Juden in Gaukönigshofen/Unterfranken 1550-1942, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 38, Würzburg 1988.

monatlichen Betrag von 100 RM kein Zugriff auf ihre Konten. Die Auswanderung wurde zunächst beschränkt und im Oktober 1941 schließlich ganz verboten.¹³

Die Personenakten der Gestapo-Stelle Würzburg dokumentieren all diese Schritte der Entrechtung und Diskriminierung und werden im Rahmen dieses Archivprojekts anhand einiger Beispiele untersucht.

3.2 Deportation und Vernichtung der Juden aus Mainfranken

3.2.1 Überblick über die Rahmenbedingungen der sieben mainfränkischen Deportationen 1941-1943

Im Rahmen der Zielsetzung, die Juden aus dem Deutschen Reich zu vertreiben, entstanden zunächst in Wien unter Adolf Eichmann, später dann auch in Berlin und Prag „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“. Dies waren Gestapo-Einrichtungen, welche die jüdische Auswanderung systematisch erzwingen wollten. Später bildeten sie die organisatorische Basis für die seit Kriegsbeginn durchgeführten Deportationen. Erste, noch chaotisch ablaufende Deportationen aus dem Reich in die neu besetzten Gebiete im südöstlichen Polen bei Krakau und Lublin fanden bereits Ende 1939 statt. Da sich in den für die Deportationen bestimmten Gebieten die inzwischen eingerichteten deutschen Besatzungsorganisationen gegen die Verbringung der Juden in diese Regionen zur Wehr setzten, wurden die Deportationen zunächst unterbrochen. Dennoch drängten die Parteigrößen im Reich weiter darauf, die Juden in die neu besetzten Gebiete abzuschieben.¹⁴

Mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion nahm das Ziel, die jüdische Bevölkerung aus dem Reichsgebiet in den Osten zu vertreiben, immer konkretere Formen an, wobei zuvor jedoch der Sieg gegen die Sowjetunion errungen werden sollte. Deshalb gingen die ersten Deportationen in Richtung Osten zunächst in das sich als einziges auf Reichsgebiet befindende Ghetto Lodz. Vom 15. Oktober bis zum 3. November 1941 wurden 19.836 Personen in dieses Ghetto verschleppt. Da sich die Lodzer Behörden jedoch vehement gegen diese Maßnahmen zur Wehr setzten und die Aufnahmekapazität dieses Ghettos von Eichmann zu Beginn der Deportationsmaßnahmen bewusst als größer dargestellt worden war, als sie eigentlich war, suchte man schon bald nach Alternativen. Als solche wurden ehemals sowjetrussische Gebiete in Erwägung gezogen, welche die baltischen Länder und besetzte Teile Weißrusslands umfassten und zum „Reichskommissariat Ostland“ zusammengefasst wurden.

Im Reichssicherheitshauptamt in Berlin wurde nun die Vorbereitung für weitere Deportationen aus dem Reich ins „Kommissariat Ostland“ getroffen. Dort wurden die jeweiligen Deportationsrichtlinien sowie die Zielorte der einzelnen Deportationen festgelegt. Dort wurde die Logistik der Transporte geplant und mit den entsprechenden Stellen des Reichsverkehrsministeriums abgesprochen. Am 23. Oktober 1941 fanden im Reichssicherheitshauptamt in Berlin die für Riga und Minsk maßgeblichen Besprechungen mit den einzelnen Vertretern der Staatspolizeistellen statt, an der auch ein Vertreter der Stapo-Stelle Nürnberg-Fürth teilnahm. Ausgehend von Nürnberg wurden in den nächsten Jahren sieben Deportationen in die Ghettos und Lager in und um Riga, Lublin, Theresienstadt und Auschwitz durchgeführt, für die jeweils von der Gestapo-Außenstelle Würzburg Kontingente jüdischer Bürger aus Mainfranken gestellt wurden.

Der erste Deportationszug aus Franken ging nach Riga sowie in die um Riga gelegenen Konzentrationslager Jungfernhof und Salaspils. In Riga existierte bereits ein Ghetto, in dem sich 29.600 lettische Juden befanden. Um Platz für die Deportationen aus dem Reich zu schaffen, wurden an wenigen Tagen Ende November und Anfang Dezember 1941 mit großem personellen Aufwand 25.000 Menschen ermordet.

Auf der Suche nach Aufnahmekapazitäten für die aus dem Reich erwarteten Deportationstransporte wurde neben dem Rigaer Ghetto 1941 auch das Gut Jungfernhof, das etwa 6 km vom Zentrum Rigas

¹³ Klotz, S. 49 ff.

¹⁴ Dieter Pohl: Die Deportation von Juden aus dem Deutschen Reich 1941-1943, in: Wege in die Vernichtung, herausgeg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 57 ff.

entfernt lag, ins Auge gefasst. Der bauliche Zustand der Scheunen und Ställe, die für die Unterbringung der deportierten Menschen vorgesehen war, war äußerst desolat und es bestand keine Heizmöglichkeit. In dieses verwahrloste Gut wurden nun die ersten vier Transporte aus dem Reich gebracht, darunter auch der Deportationstransport aus Würzburg bzw. Nürnberg vom 27/29.11.1941. Unter den insgesamt 3.984 Menschen befanden sich 137 Kinder unter 10 Jahren und 112 Personen über 70 Jahren. Brutal wurden sie von lettischen Polizeimannschaften, die ein paar Tage zuvor an den Liquidierungsmaßnahmen im Rigaer Ghetto teilgenommen hatten, empfangen. Die Menschen starben in Jungfernhof an Misshandlung, Unterernährung, sich schnell ausbreitenden Krankheiten oder sie erfroren. Kranke wurden mangels notwendiger Medikamente und wegen des katastrophalen Zustands der provisorisch errichteten Krankenstation unter dem Vorwand, sie kämen in ein Rigaer Krankenhaus, zum Erschießen abtransportiert. Von den 3.984 Opfern der vier Transporte aus Nürnberg, Stuttgart, Wien und Hamburg überlebten insgesamt nur 148 namentlich bekannte Menschen, den Transport aus Franken überlebten nur 52 Personen.

18 Kilometer vom Rigaer Stadtkern und 12 Kilometer vom Lager Jungfernhof entfernt lag das Lager Salaspils, das von seinen Insassen „die weiße Hölle“ genannt wurde. Beim Eintreffen der ersten Häftlinge der Deportationstransporte aus dem Reich war außer den Baracken für die lettischen Wachmannschaften keinerlei Bausubstanz vorhanden. Hierher wurden Männer aus dem Rigaer Ghetto und aus dem Lager Jungfernhof gebracht, um im Dezember 1941 unter katastrophalen Bedingungen in einem der kältesten Winter des 20. Jahrhunderts ein Lager zu errichten, was die überwiegende Zahl der Häftlinge nicht überlebte.¹⁵

Zu den oben genannten Deportationszielen kam ab März 1942 noch die Gegend um Lublin hinzu. Dorthin wurden auch die Opfer der nächsten beiden fränkischen Deportationstransporte vom 24.03.1942 und vom 25.04.1942 verschleppt. Man verteilte diese Transporte aus dem Reich auf Kleinstädte um Lublin, die als sogenannte Transitghettos dienten. In diesen Ghettos und Lagern wurden die Menschen eine Zeit lang festgehalten. Man beutete ihre Arbeitskraft aus, bis sie entkräftet waren, dann wurden sie in die Vernichtungslager gebracht. Der Weg der Opfer der zweiten und dritten mainfränkischen Deportation führte nach Izbica bei Lublin. Izbica war vor dem Krieg eine ostpolnische, jüdisch geprägte Kleinstadt, ein sogenanntes „Schtetl“, das man aufgrund des hohen Anteils jüdischer Bewohner - ungefähr 3.600 jüdische und etwa 200 christliche Polen lebten hier vor dem Krieg zusammen - in ein Ghetto umwandelte.

In diesen Transitlagern starben die Menschen in großer Anzahl. Sie starben an Hunger oder an Entkräftung durch Arbeit. Sie starben an den Seuchen, die in den oft völlig überfüllten Lagern grassierten, oder an den Gewalttaten ihrer Bewacher. Die Menschen, die in den Ghettos und Lagern um Lublin überleben konnten, fielen meist der Deportationswelle im Herbst 1942 zum Opfer, welche sie von dort in die Vernichtungslager Sobibor und Belzec verschleppte. Für die letzten Überlebenden, die sich in Arbeitskommandos halten konnten, begannen im Herbst 1943 die „Evakuierungen“, zunächst aus dem Baltikum, später auch aus Polen. Sie wurden wegen der Verschiebung der Frontlinie nach Westen in Todesmärschen zurück in Konzentrationslager im Reich getrieben. Oft starben sie an den Strapazen dieser Todesmärsche, an Krankheiten oder an Unterernährung in den völlig überfüllten Konzentrationslagern des Reichs.¹⁶

Insgesamt sind 52 Prozent der mainfränkischen Juden im Raum Lublin umgekommen. Individuelle Schicksale sind in dieser riesigen Tötungsmaschinerie in fast allen Fällen nicht zu verfolgen. So ist für die Einzelpersonen nicht zu ermitteln, ob sie im Ghetto Izbica, in einem Außentransport oder in einem der Vernichtungslager ermordet wurden. Es ist aber davon auszugehen, dass die Menschen aus Franken, die im Frühjahr 1942 in die Region Lublin deportiert worden sind, den Sommer 1942 nicht überlebt haben.¹⁷

¹⁵ Wolfgang Scheffler, Diana Schulle (Berarb.): Buch der Erinnerung. Die in die baltischen Staaten deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden 1941-1945, München 2003, S. 1-17.

¹⁶ Pohl, S. 69.

¹⁷ Schwinger S. 457 ff.

Ein weiteres, bekannteres Transitghetto ist Theresienstadt, in das die Transporte vom 10.09.1942, vom 23.09.1942 und vom 17.06.1943 mit insgesamt 708 Menschen aus Würzburg und Umgebung gingen. Die ehemalige Festungsstadt in Westböhmen funktionierte man im November 1941 zu einem „Reichsghetto“ um, über das verbreitet wurde, dass die Juden, die hierher gebracht wurden, erträglich leben können. Es diente zunächst als Ghetto für ältere und prominente Juden, vor allem für solche mit Kriegsauszeichnungen. Aber die Lebensumstände in diesem Ghetto wurden sehr schnell immer erbärmlicher.

Das Konzentrationslager Auschwitz, das seit 1942 auch Vernichtungslager war, war das Ziel des letzten Deportationszugs aus Mainfranken. 57 Menschen wurden am 17.06.1943 dorthin verschleppt.

Im Sommer 1943 wurde die Deportation der Juden aus dem Reich für beendet erklärt. Die überwiegende Zahl dieser Menschen war zu diesem Zeitpunkt bereits ermordet worden. Insgesamt überlebten nur etwa 5% aller Deportierten das Kriegsende. Lediglich Juden in „Mischehen“ oder „Mischlinge“ lebten noch offiziell in deutschen Städten, wobei auch ihnen jederzeit die Deportation in ein Lager drohen konnte.¹⁸

3.2.2 Die Gestapo Würzburg

Die Deportationen, die von Würzburg und Kitzingen ausgingen und Gegenstand dieses Projekts sind, wurden von der Gestapo Würzburg, die eine Außenstelle der Stapo-Stelle Nürnberg-Fürth war, durchgeführt. Im Folgenden soll kurz auf die Entwicklung der Gestapo im Allgemeinen sowie der Gestapo Würzburg im Besonderen eingegangen werden.

Die Entwicklung einer Politischen Polizei fand in zahlreichen europäischen Ländern spätestens seit dem Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge ihrer Entwicklung zu modernen neuzeitlichen Staaten statt, wobei es zwischen den verschiedenen europäischen Ländern beträchtliche Unterschiede gab. In Deutschland gab es z. B. erst nach der Reichsgründung von 1871 eine überregionale Polizei.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden in größeren deutschen Städten Spezialabteilungen der Polizei eingerichtet, die auch „politische“ Aufgaben hatten, wobei der Begriff „politisch“ sehr vage definiert wurde und im Zweifelsfall auf die Überwachung harmlosester öffentlicher Aktivitäten ausgedehnt werden konnte. Diese Überwachungstätigkeit setzte sich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik fort. So wurden z. B. alle Parteien, besonders aber die SPD, von der Politischen Polizei observiert. Gerade in der Weimarer Republik mit ihren zahlreichen Putschversuchen von rechts und links wurde die Überwachungstätigkeit der Politischen Polizei in Großstädten wie Berlin stark ausgedehnt.¹⁹

Der Ausgangspunkt für die Herausbildung der Gestapo war die preußische Polizei. Ausgehend vom Polizeipräsidium in Berlin wurde sie den zwanziger Jahren zentralisiert und vereinheitlicht. Seit 1925 gab es das Landeskriminalamt, in das 1928 die Politische Abteilung des Polizeipräsidiums Berlin als zentrale Nachrichtenmeldestelle für politisch-polizeiliche Delikte in ganz Preußen eingegliedert wurde. Zwar waren Versuche, die gesamte Polizei reichsweit zu vereinigen, im Verlauf der Weimarer Republik immer wieder am Widerstand Preußens und Bayerns gescheitert, dennoch fungierte die Politische Polizei Preußens auf der Basis von Vereinbarungen als Zentralstelle für politische Überwachungstätigkeiten im ganzen Reich. Während der gesamten Weimarer Republik hielt sich die Politische Polizei jedoch weitgehend an die Gesetze des Rechtsstaats.

Mit der „Reichstagsbrandverordnung“ und den anderen Notverordnungen des Jahres 1933 erhielt die Politische Polizei das Recht, Personen in „Schutzhaft“ zu nehmen. Ihr Recht, Hausdurchsuchungen vorzunehmen, Eigentum zu beschlagnahmen und in das Post- oder Telegraphengeheimnis einzugreifen, dehnte sich weit über die bisherigen Möglichkeiten aus.

¹⁸ Pohl S. 65 f.

¹⁹ Robert Gellately: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945, Paderborn 1993, S. 38 ff.

Die erste als „Geheime Staatspolizei“ bezeichnete Organisation wurde von Herman Göring Anfang 1933 in Preußen geschaffen, der zu diesem Zeitpunkt als preußischer Innenminister der Polizei in Preußen vorstand. In den folgenden Jahren wurde die Organisation durch die Gründung von Staatspolizeistellen in jedem Regierungsbezirk erweitert. Außerdem wurde sie mit mehr Macht versehen, indem die Gestapo aus dem Zuständigkeit des Innenministeriums gelöst und dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt wurde. Dadurch konnte sie sich der Kontrolle der traditionellen Polizei- und Verwaltungsbehörden immer stärker entziehen. Im Lauf der Zeit wurden die lokalen Polizeibehörden immer stärker als der Gestapo untergeordnet begriffen, da diese ja ihre Weisungen direkt aus Berlin erhielt.

Weitere Vereinheitlichungstendenzen gingen von Heinrich Himmler aus, der im Frühjahr 1933 in Bayern die Politische Polizei übernommen hatte und im folgenden Jahr nach und nach die politischen Polizeiabteilungen aller Länder unter sich brachte, auch die Preußens. Mit seiner Ernennung zum „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren“ im Jahr 1936 hatte er nach der Politischen Polizei die gesamte deutsche Polizei unter sich vereint und mit dem SS-Apparat verzahnt.²⁰

Im Rahmen dieser Vereinheitlichungen erhielt die Politische Polizei in Würzburg die Bezeichnung „Geheime Staatspolizei - Staatspolizei Würzburg“. Sie war wie alle anderen Stapo-Stellen unmittelbar dem Geheimen Staatspolizeiamt und seit 1939 dem in diesem Jahr gegründeten Reichssicherheitshauptamt unterstellt, also formal von der lokalen Polizeidirektion abgetrennt. Faktisch blieben aber gerade in Würzburg im Unterschied zu Großstädten wie Berlin oder München vielfältige Verflechtungen zwischen Staatspolizei, innerer Verwaltung und allgemeiner Polizei erhalten. Im Jahr 1941 verlor die Würzburger Stapo-Stelle ihre Eigenständigkeit und wurde der Stapo-Stelle Nürnberg-Fürth unterstellt, die nun für alle „abwehrpolitischen“ Angelegenheiten in Mainfranken zuständig war.

Nach der Unterstellung der Würzburger Stapo unter die Stapo Nürnberg-Fürth waren bei ihr etwa 16 bis 18 Vollzugsbeamte tätig, so dass sie bei groß angelegten Aktionen, etwa bei den Judendeportationen seit 1941 schnell an ihre personellen Grenzen stieß. Im Vergleich zum Personal anderer Stapo-Stellen waren die bei der Stapo Würzburg beschäftigten Beamten relativ alt und rekrutierten sich zumeist aus langjährigen Angehörigen der Würzburger Schutzpolizei und der örtlichen Politischen Polizei. Ihr Übertritt zur Gestapo wurde entweder angeordnet oder sie meldeten sich freiwillig, weil sie sich in der Gestapo bessere Aufstiegschancen erhofften.

Sehr wenige Mitglieder kamen aus der Gruppe der in den Straßenkämpfen der Endphase der Weimarer Republik radikalisierten und in die Polizei übernommenen Mitglieder der SA oder der SS. Deshalb repräsentierten die Angehörigen der Würzburger Gestapo bezüglich ihrer politischen Orientierung keinen nationalsozialistischen Fanatismus. Vor 1937 hatte nur ein Drittel der Beamten der NSDAP angehört; in diesem Jahr kam es, wohl durch „informellen Zwang“ zu zahlreichen Parteieintritten, so dass der Anteil der Parteimitglieder bis zum Krieg auf etwa 65% stieg. Nur etwa 25% der Gestapo-Beamten waren außerdem noch in der SS.

Die Führungsebene bestand jedoch vor allem aus auswärtigen, früh in die Partei eingetretenen Beamten. Solche „alten Kämpfer“ waren Josef Gerum (1934-37) oder Dr. Karl Wicklmayr (1939-40). Während der Zeit der Judendeportationen leitete Ernst Gramowski, ein aus Westpreußen stammender Kriminalbeamter, die Würzburger Stapo-Stelle. Als er 1942 ins Reichssicherheitshauptamt nach Berlin berufen wurde, übernahm Michael Völkl als dienstältester Beamte die Stapo-Stelle mehrere Monate lang kommissarisch. Seit November 1942 leiteten die Stapo-Stelle Beamte der Nürnberger Stapo-Stelle, wie z. B. der Kriminalrat Helmut Heisig. Unterstützt wurden die Beamten durch junge, oft durch das Arbeitsamt vermittelte weibliche Verwaltungskräfte, die auch bei exekutiven Aufgaben behilflich waren, etwa bei der Durchsuchung der zur Deportation bestimmten Frauen.

²⁰ Christoph Graf: Kontinuität und Brüche. Von der Politischen Polizei der Weimarer Republik zur Geheimen Staatspolizei, in: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo, Mythos und Realität, Darmstadt 2003, S. 73 ff.

Die Arbeit in der Stapo-Stelle Würzburg bestand zu großen Teilen aus bürokratischer Routinearbeit. Schon wegen der geringen Anzahl an Beamten war die Gestapo Würzburg immer auf die Zusammenarbeit mit der allgemeinen Verwaltung und der regulären Polizei sowie auf die Zuarbeit aus der Bevölkerung angewiesen. Dies galt auch und gerade bei der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Allerdings bereiteten die zahlreichen Denunziationen aus der Bevölkerung der Gestapo häufig einen enormen Zusatzaufwand, der oft in keinem Verhältnis zu den staatspolizeilich relevanten Erkenntnissen, die diese Denunziationen zu Tage förderten, stand.²¹

Während sich die Arbeit der Würzburger Gestapo-Beamten zunächst wie andernorts auch auf die Verfolgung politischer Gegner konzentrierte, trat während des Krieges die rassische Verfolgung in den Vordergrund der Gestapo-Arbeit. Im Bereich der Judenpolitik reichte das Handlungsspektrum von der Observierung der jüdischen Bevölkerung über die Durchsetzung von Maßnahmen gegen jüdische Verbände und Institutionen bis hin zur Deportation der jüdischen Bürger in die Vernichtungslager. Im gesamten Verlauf der nationalsozialistischen Herrschaft, aber vor allem während des Krieges radikalisierten sich die Verhör- und Ermittlungsmethoden deutlich. Der physische und psychische Terror nahm immer weiter zu.²²

Abschließend ist anzumerken, dass die älteren Forschungsarbeiten zur Gestapo von dieser Organisation als von einem übermächtigen und allgegenwärtigen Polizeiapparat ausgehen. Neuere Forschungen stellen demgegenüber heraus, dass dies ein Mythos war, der von den entsprechenden Stellen bewusst gefördert wurde. Gerade die Denunziationen aus der Bevölkerung, die häufig über die Parteistellen an die Gestapo herangetragen wurden, erweiterten den Radius der Überwachungs- und Verfolgungstätigkeit der Gestapo enorm.²³

3.2.3 Überblick über den Ablauf der Deportationsmaßnahmen in Würzburg und Kitzingen

Im Folgenden soll ein sehr kurzer, pauschalisierter Überblick über den Ablauf der Deportationsmaßnahmen gegeben werden. Ein Teil der Gestapo-Akten, welche die Schüler analysieren, beschäftigt sich genau mit der Planung und dem Ablauf einzelner Deportationsmaßnahmen, so dass im Erwartungshorizont zu den einzelnen Arbeitsblättern die Logistik und die Durchführung dieser Deportationen detailliert aufgeführt sind. Außerdem sind viele interessante Einzelaspekte in dem schon mehrfach erwähnten Katalog „Wege in die Vernichtung“ nachzulesen.²⁴

Die zynisch „Evakuierung“ genannten Deportationen wurden vom Reichssicherheitshauptamt angeordnet. Hier wurden die „Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden nach Ostland“²⁵ entwickelt, die an die einzelnen Gestapo-Stellen übermittelt wurden. Aus diesen Richtlinien ging hervor, wer von der Deportation ausgenommen war. Dies waren mit „arischen“ Ehepartnern verheiratete, sich „in geschlossenem Arbeitseinsatz“ befindende oder ältere Juden. Während bei der ersten Deportation die Altersgrenze bei 60 Jahren lag, stieg sie bei der zweiten Deportation auf 65 Jahre an. Es wurde weiterhin festgelegt, wie viele Menschen zum jeweiligen Termin deportiert werden sollten. Es handelte sich in der Regel um Deportationszüge von 1.000 Menschen.²⁶

²¹ Dies sieht man sehr deutlich an den im Staatsarchiv Würzburg aufbewahrten und in diesem Projekt herangezogenen Gestapo-Akten von Bella Kastanienbaum (StAWü, Gestapo 3203) und Benno Hirnheimer (StAWü, Gestapo 1604).

²² Gerhard Paul: Kontinuität und Radikalisierung. Die Staatspolizeistelle Würzburg, in: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo, Mythos und Realität, Darmstadt 2003, S. 161 ff.

²³ Giesela Drewald-Kerkmann: Denunziantentum und Gestapo, in: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo, Mythos und Realität, Darmstadt 2003, S. 288 ff.

²⁴ Vgl. hierzu detailliert und zusammenhängend: Herbert Schott: Die ersten drei Deportationen mainfränkischer Juden 1941/42, in: Wege in die Vernichtung, herausgeg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 73 ff.

²⁵ StAWü, Gestapo 18873, Bl. 1-5.

²⁶ StAWü, Gestapo 18875, Bl. 1-3.

Die Feinlogistik wurde von einzelnen Gestapostellen geplant und durchgeführt. War eine Deportation von Nürnberg ausgehend angeordnet, erhielt die Gestapo-Stelle Würzburg die Aufgabe, dem Deportationszug eine von der Gestapohauptstelle Nürnberg vorher festgelegte Anzahl von Juden aus Mainfranken zuzuführen. Dafür hatten die Gestapo-Beamten aus Würzburg zunächst eine Liste der zu deportierenden Menschen zu erstellen. Dabei wandten sie sich an die lokalen Behörden und zwangen auch die jeweiligen Israelitischen Kultusgemeinden sowohl bei der Erstellung der Listen als auch bei der Durchführung der Deportationen zur Mithilfe.

Erst wenige Tage vor der Deportation wurden die Menschen von ihrer „Evakuierung“ unterrichtet. Sie erhielten ein „Merkblatt“, auf dem in amtlichem Ton festgehalten wurde, was sie vor und während ihrer Verschleppung zu beachten hatten. So hatten sie eine detaillierte Vermögensaufstellung anzufertigen, der alle das Vermögen betreffenden Dokumente beigelegt werden mussten. Sie hatten dafür zu sorgen, dass ihr beweglicher Besitz in ihrer Wohnung war, wobei besonders zynisch ist, dass das Vermögen der Menschen bis zu drei Wochen rückwirkend beschlagnahmt wurde. Deshalb mussten Gegenstände, die in diesem Zeitraum verkauft oder verschenkt wurden, zurückgeholt oder in der Vermögenserklärung angeführt werden. Die Wohnung musste ordentlich, sauber und sicher (Gas, Licht, Fenster) hinterlassen werden, die Wohnungsschlüssel waren zu beschriften und bereitzuhalten. Außerdem wurde festgelegt, was die Menschen mitnehmen mussten, was sie nicht mitnehmen durften und was schon vorher als sogenanntes „Ghettogepäck“ bereitgestellt werden sollte, um von Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde abgeholt und in den Deportationszug verladen zu werden.²⁷

Zahlreiche Dokumente in den Gestapo-Akten legen nahe, dass die Menschen in dieser kurzen Zeit vollständig damit beschäftigt waren, den im Merkblatt aufgelisteten Anweisungen nachzukommen. So mussten die Verpflegung und die 60 RM, die jeder als „Transportkosten“ für die eigene Verschleppung zu entrichten hatte, erst beschafft werden. Dies erwies sich in vielen Fällen als nicht einfach, da die Konten der jüdischen Bürger bis auf einen kleinen Betrag, den sie monatlich abheben durften, eingefroren waren.²⁸

Die Israelitischen Kultusgemeinden schalteten sich hier vielfach ein. So bat die Israelitische Kultusgemeinde Würzburg im Rahmen der ersten Deportation bei der Gestapo darum, dass die Menschen, die verschleppt werden sollten, einen Sonderbetrag von ihrem Konto abheben dürfen. Außerdem bat sie für sich selbst um die Möglichkeit, ein Konto einzurichten, damit sie die Aufgaben, die ihr die Gestapo im Rahmen der Deportationen zugewiesen hatte, ordnungsgemäß erfüllen konnte (Gepäckbeförderung, Verpflegung der Menschen im Durchgangslager Nürnberg-Langwasser). Die Israelitische Kultusgemeinde Würzburg wandte sich außerdem an das Ernährungsamt, um zusätzliche Lebensmittelmarken für die Menschen zu erbitten.²⁹ Anschließend bat sie den Kreiswirtschaftsberater, dass die Deportationsopfer gegen Vorzeigen ihrer Evakuierungsnummer die Erlaubnis erhalten, in eigens aufgeführten Lebensmittelgeschäften mit diesen zusätzlichen Marken einzukaufen.³⁰ Diese Dokumente zeigen exemplarisch auf, welche zwiespältige Rolle die Israelitischen Kultusgemeinden während der Deportationen hatten. Um den Menschen die Umstände der Deportation zu erleichtern und um zu gewährleisten, dass sie nicht hungern oder frieren mussten, machten sich die jüdischen Organisationen mehr oder weniger bewusst zu Erfüllungsgehilfen der Gestapo.

Wenige Tage, nachdem den jüdischen Bürgern eröffnet worden war, dass sie „evakuiert“ würden,³¹ mussten sie sich an bestimmten „Sammelstellen“ einfinden. Das waren für die erste Deportation die Stadthalle Würzburg, für die zweite Deportation die Gaststätte „Fränkischer Hof“ in Kitzingen und für die dritte und vierte Deportation die Gaststätte „Platz’scher Garten“ in Würzburg. Für

²⁷ Vgl. z. B. StAWü, Gestapo 18875, Bl. 34-35.

²⁸ Dass die jüdischen Bürger ihre eigene Verschleppung finanzierten, wurde ihnen jedoch nicht mitgeteilt. Man ließ sie glauben, es handele sich um „Zahlungsmittel für den neuen Aufenthaltsort“ (StAWü, Gestapo 18875, Bl. 34-35).

²⁹ StAWü, Gestapo 18874, Bl. 50.

³⁰ StAWü, Gestapo 18874, Bl. 51.

³¹ Im Rahmen der ersten Deportation hatten die Menschen noch eine sogenannte „Eröffnung“ zu unterzeichnen, in der sie bestätigen mussten, dass sie von ihrer Verschleppung sowie von den Anweisungen, die sie dazu beachten müssen, Kenntnis genommen haben. Die unterzeichneten „Eröffnungen“ finden sich zum Teil in den Personenakten einzelner Menschen, die am 27.11.1941 deportiert wurden (StAWü, Gestapo 14625, Bl. 2).

Personengruppen aus den umliegenden Orten waren Mannschaftswagen der Polizei zum Transport zu den „Sammelstellen“ vorgesehen. Menschen, die nicht rechtzeitig erschienen, wurden von der Polizei vorgeführt. An den „Sammelstellen“ wurden die Menschen nach Geschlecht getrennt körperlich untersucht, ihr Gepäck wurde untersucht und gegebenenfalls wurden Dinge beschlagnahmt. Oft mussten die jüdischen Bürger danach sehr lange warten, bis sie unter SS-Bewachung zum Bahnhof geführt wurden. Während der ersten Deportation geschah dies im Dunkeln zwischen 3.00 Uhr und 4.00 Uhr morgens. In den anderen Fällen wurden die Menschen jedoch bei hellem Tageslicht unter den Augen zahlreicher Passanten durch die Stadt zum Bahnhof getrieben und über das Durchgangslager Nürnberg-Langwasser in die Ghettos und Lager im Osten deportiert.

4 Inhaltliche und methodisch-didaktische Einführung in das Quellenmaterial

Das vorliegende Projekt stützt sich auf drei Quellengruppen, die im Folgenden kurz vorgestellt werden.

4.1 Die sogenannten Deportationsakten

Im Staatsarchiv Würzburg befinden sich unter der Signatur „Gestapo 18873-18880“ die Gestapo-Akten, welche die sieben mainfränkischen Deportationen dokumentieren. Da diese Akten in den letzten Kriegswochen sehr stark beschädigt wurden, werden sie nicht im Original sondern als Kopie an die Archivbenutzer herausgegeben. Für dieses Projekt werden Dokumente aus den Akten 18873-18875 herangezogen.

In der Akte 18873 befinden sich die Befehle, Richtlinien und Organisationsanweisungen, die im Rahmen der ersten drei Deportationen angefertigt wurden. Außerdem befindet sich im zweiten Teil der Akte das Urteil des Landgerichts Nürnberg-Fürth von 1949 gegen die Beamten der Gestapo-Stelle Nürnberg-Fürth.

Die Gestapo-Akte 18874 beinhaltet alle schriftlichen Vorgänge, die im Rahmen der ersten Deportation vom 27.11.1941 angefertigt oder gesammelt wurden. Dieser Transport verschleppte 202 jüdische Bürger aus Würzburg nach Riga.³² Es befinden sich in dieser Akte Kopien der Erlasse, welche diese Deportation betreffen und auch in der Akte 18873 zu finden sind. Außerdem befinden sich hier die „Deportationslisten“, also die Aufstellungen aller Personen, die in diesem Transport verschleppt wurden. Ferner dokumentiert diese Akte z. B. den Schriftverkehr der Gestapo mit dem Arbeitsamt und der Israelitischen Kultusgemeinde, die gezwungen wurde, zum reibungslosen Ablauf der Deportation beizutragen.

In der Gestapo-Akte 18875 befinden sich Schriftstücke, die im Rahmen der zweiten Deportation vom 24.03.1942 entstanden sind. Diese für die mainfränkischen Juden von Kitzingen ausgehende Deportation³³ verschleppte Menschen aus Würzburg sowie aus den Landkreisen Kitzingen, Ochsenfurt und Karlstadt in das Transitghetto Izbica bei Lublin. Genau wie in der Akte 18874 findet man hier detaillierte „Evakuierungslisten“ und Kopien der entsprechenden Richtlinien und Organisationsanweisungen der in Akte 18873 gesammelten Erlasse. Außerdem beinhaltet sie z. B. die Korrespondenz der Gestapo mit den Landratsämtern der jeweiligen Landkreise, die zur Ermittlung der zu deportierenden Personengruppe mit herangezogen wurden.

Von den Verhandlungen mit der Reichsbahn bis zum Aushandeln der Saalmiete für die „Sammelstellen“ ist die Deportation und die Beraubung der jüdischen Bürger in den Deportationsakten als riesiger Verwaltungsakt mit einer umfangreichen Logistik dokumentiert. Die Akten sind schon allein durch die Vielzahl der Dokumente und durch die deutlich werdende Akribie, mit der die Gestapo-Beamten vorgegangen sind, erschreckend.

Bei der Analyse dieses Aktenmaterials muss man sich, genauso wie bei den folgenden beiden Quellengruppen, immer bewusst sein, dass es sich hierbei überwiegend um Quellen der Täterseite handelt. Im Falle der Gestapo-Akten sind dies unter Verschluss gehaltene Materialien eines internen Schriftverkehrs, die einen „abgeschirmte(n) Prozess des Denkens und Handelns“ dokumentieren, dessen Inhalt nie an die Öffentlichkeit gelangen sollte.³⁴

Bei der Untersuchung dieser Quellen ist ferner die Gattung des jeweils vorliegenden Dokuments zu beachten. Die Gestapo-Akten beinhalten in der Hauptsache Briefe, Berichte, Erlasse, Merkblätter und Richtlinien und Schreiben. Liegt als Quellengattung beispielsweise ein „Erlass“ vor, handelt es sich um einen direkten Befehl oder eine Delegation von Macht, die einem Funktionsträger auf einer

³² Insgesamt wurden in der ersten Deportation 1.000 Menschen verschleppt, die im Durchgangslager Nürnberg-Langwasser gesammelt wurden. Von dort ging der Transport dann am 29.11.1941 nach Riga weiter.

³³ Insgesamt umfasste der Deportationszug, der dann von Nürnberg nach Lublin fuhr, 1.000 Menschen.

³⁴ Raul Hilberg: Die Quellen des Holocaust, Frankfurt a. M. 2009, S. 33.

niedriger hierarchischen Stufe erlaubt, in einem gewissen Rahmen von sich aus Maßnahmen in einer bestimmten Sache zu ergreifen. Erläuterungen, die von einzelnen Dienststellen benötigt wurden, um eine bestimmte Maßnahme durchzuführen, wurden ihnen von einer übergeordneten Dienststelle als „Merkblätter“ oder „Richtlinien“ zugestellt. Ein „Schreiben“ ist ein formeller Brief von einem Beamten an einen anderen Beamten gleichen Rangs.³⁵

Außerdem folgen alle Dokumente einer strengen Hierarchie, wobei zu beachten ist, dass die Anweisungen auf dem Weg von oben nach unten immer konkreter und ausführlicher wurden. Während das Reichssicherheitshauptamt an die unterschiedlichen Gestapo-Stellen sehr allgemeine Anweisungen versandte, arbeitete die Gestapo-Stelle Nürnberg-Fürth für sich und die ihr untergeordneten Außenstellen sehr viel konkretere Pläne aus, welche die Gegebenheiten vor Ort in die Logistik miteinbezogen.

Neben der Gattung muss beim Erschließen und Interpretieren solchen Aktenmaterials auch auf die Komposition eines Dokuments geachtet werden. Ist es beispielsweise Teil eines laufenden Schriftverkehrs oder behandelt es ein neues Thema? Im ersten Fall hat es einen „Bezug“ oder „Betreff“, im zweiten Fall wird an die Stelle, an der normalerweise der Betreff steht, in der Regel die Formulierung „ohne Vorgang“ festgehalten. Wichtig ist z. B. auch, ob etwas über die Anzahl der Abschriften bekannt ist, in denen ein Schriftstück vorliegt, und wohin diese Abschriften weitergeleitet wurden. Letztlich sind auch Feinheiten wie die Frage, ob und in welcher Leserlichkeit ein Dokument unterschrieben ist, zu beachten.³⁶

Sehr wichtig ist auch die Analyse des Stils dieses Aktenmaterials. Insgesamt ist der Stil der Aktendokumente eintönig und von bürokratischer Gleichgültigkeit gekennzeichnet. Es geht den Verfassern darum, möglichst routiniert und zweckrational ihre Aufgabe zu erfüllen. Dass es sich bei dieser Aufgabe um die Hilfestellung zur Ermordung tausender von Menschen handelt, lässt diesen Stil so unheimlich erscheinen.

Eine weitere Funktion dieses Stils ist sicher auch, die hier behandelten Themen zu glätten und so den Beamten, die sich mit der Entrechtung und Verschleppung der jüdischen Bevölkerung beschäftigen, einen inneren Rückzugsraum zur Verfügung zu stellen. So zieht sich die Grundidee einer „Problemlösung“ durch den gesamten Schriftverkehr der Behörden. Die Juden und die sie betreffenden Angelegenheiten werden als „Problem“ dargestellt, die Maßnahmen, welche gegen sie ergriffen werden, als „Lösung“ dieses Problems. So wird also bei den Beamten der Eindruck erzeugt, ihre Arbeit trage zur Lösung eines bestehenden Problems bei.

Neben der Funktionalisierung und Bürokratisierung der Sprache, die den von ihr beschriebenen Vorgängen den äußeren Anstrich der Legitimierung geben sollen, fällt bei den zu untersuchenden Akten noch ein weiteres Stilmittel ins Auge: Viele Sachverhalte werden verschleiert dargestellt. So wird die Verschleppung und Beraubung der jüdischen Bürger in den Dokumenten fast durchgängig als „Evakuierung“ bezeichnet.³⁷

Einige Dokumente in den Gestapo-Akten bilden den Schriftverkehr zwischen Tätern und Opfern ab. Hierbei ist zu beachten, dass die Opfer in ihrem Schriftverkehr mit dem deutschen Verwaltungsapparat auch den Stil und die inhaltlichen Prämissen, also die in diesem Verwaltungsapparat gängigen Definitionen und Klassifikationen übernahmen.³⁸ Dies wird z. B. deutlich, wenn die Mutter einer zu deportierenden jungen Frau an die Gestapo schreibt. Sie versucht zu argumentieren, dass ihre Tochter als „Mischling“ von der Deportation verschont bleiben müsse.³⁹ Damit lässt sie sich auf die Rassendefinitionen des NS-Systems ein. Die Frage nach Recht oder Unrecht von Definitionen oder Maßnahmen kann in diesen Schreiben nicht gestellt werden, da die Opfer auf das Wohlwollen der Täter angewiesen sind.

³⁵ Hilberg, S. 35 ff.

³⁶ Hilberg, S. 62 ff.

³⁷ Hilberg, S. 84 ff.

³⁸ Hilberg, S. 159.

³⁹ StAWü, Gestapo 18874, Bl. 48 f.

4.2 Gestapoeinzelakten

Das Staatsarchiv Würzburg besitzt für Würzburg und Mainfranken etwa 19000 Gestapoeinzelakten. Es handelt sich hierbei um Akten, die von der Polizei angelegt wurden, wenn eine Person bei ihr angezeigt wurde. In den meisten Gestapostellen gelang es den Beamten kurz vor Kriegsende, dieses Aktenmaterial zu vernichten. Heute verfügen nur Düsseldorf und Würzburg über einen umfangreichen Bestand dieser Gestapo-Akten. In Würzburg wurden allerdings die Personenakten mit den Anfangsbuchstaben A bis G am Ende des Krieges noch verbrannt.

Für dieses Projekt wurden einige exemplarische Akten von jüdischen Bürgern Würzburgs und Unterfrankens ausgewählt. Diese Akten erlauben einen Einblick in das Leben dieser Menschen zwischen 1933 und ihrer Deportation in den Jahren 1941 bis 1943. In diesen Akten wird deutlich, wie die antisemitischen Vorschriften und Gesetze gegen die jüdischen Bürger durchgesetzt wurden. So beinhalten einige Akten z. B. Dokumente über die Schutzhaft, die im Rahmen der „Reichskristallnacht“ gegen männliche jüdische Bürger verhängt wurde. Sie enthalten Vernehmungen, Protokolle über angestrengte Prozesse sowie über die verhängten Strafen. Weiterhin dokumentieren sie die zunehmende wirtschaftliche und soziale Deklassierung der jüdischen Bürger. Darüber hinaus wird deutlich, wie sich die deutsche Bevölkerung an der Umsetzung der Judenverfolgung beteiligte: Viele der Akten enthalten Hinweise auf Denunziationen aus der Bevölkerung, so dass sie „hervorragende Quellen für die Erforschung der dynamischen Wechselwirkungen zwischen Polizei, Bevölkerung und Politik“ darstellen.⁴⁰

Bei der Untersuchung der Akten muss beachtet werden, dass sie zwar nicht geschönt wurden, dass aber viele wichtige Informationen zur Beurteilung der Gesamtsituation fehlen. So werden Einschüchterungen, Erpressungen und Folterungen durch die Gestapo-Beamten, von denen einige Überlebende berichten, in diesen Akten nicht sichtbar.⁴¹

4.3 Das sogenannte Deportationsalbum

Das Fotografieren von Deportationen war grundsätzlich streng verboten, so dass die Fotos der ersten drei mainfränkischen Deportationen einen großen historischen Wert darstellen. Zwar gibt es von einigen Deportationsmaßnahmen in anderen Orten ebenfalls fotografische Aufnahmen, aber die Sammlung aus Würzburg ist die umfangreichste Sammlung solcher Fotografien. Das Original des Deportationsalbums liegt im Staatsarchiv Würzburg und wird aufgrund seines immensen Werts in der Regel nicht mehr an Archivbesucher herausgegeben. Deshalb wird in diesem Projekt ein Abdruck des Albums benutzt, der in der vom Staatsarchiv herausgegebenen Schrift „Wege in die Vernichtung. Die Deportation der Juden aus Mainfranken 1941-1943“ zu finden ist.⁴²

Benno Martin, der SS-Brigadeführer und Polizeipräsident von Nürnberg, beauftragte die Gestapo-Außendienststelle Würzburg, einen Beamten abzustellen, der Fotografien vom Ablauf der Deportationsmaßnahmen vor Ort anfertigen sollte. Diese Aufgabe übernahm der Kriminaloberassistent Herman Otto für die ersten drei Deportationen der mainfränkischen Juden. Später wurden die Fotos von einer bei der Gestapo beschäftigten Schreibkraft auf Aktendeckel aufgeklebt. Die Fotos, welche die dritte Deportation festhalten, sind zusätzlich handschriftlich mit zynischen Kommentaren versehen, welche die oben genannte Schreibkraft nach ihrer Aussage auf die Anweisung von Ernst Gramowski, dem Leiter der Gestapo-Außenstelle Würzburg, auf die Aktendeckel notiert hat.

Das Deportationsalbum wurde zusammen mit den Akten der Würzburger Gestapo von den US-Behörden beschlagnahmt, und die Fotos wurden Rahmen der Ermittlungen gegen die Täter durchnummeriert. Dabei wurde ihre ursprüngliche Reihenfolge aus prozesstechnischen Gründen verändert. Später wurde versucht, die ursprüngliche Reihenfolge der Aufnahmen wieder zu

⁴⁰ Gellately, S. 31.

⁴¹ Gellately, S. 155.

⁴² Vgl. zu den folgenden Ausführungen: Herbert Schott: Das Fotoalbum zur Deportation der mainfränkischen Juden, in: Wege in die Vernichtung, herausgeg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 167 ff.

rekonstruieren. Auf den Albumblättern wurden Polizeibeamte, die identifiziert werden konnten, im Rahmen der Prozesse mit Namen versehen.

Als die Akten der Gestapo über die Judendeportation 1985 von der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth dem Staatsarchiv übermittelt und unter der Signatur „Gestapo 18873-18880“ aufgestellt wurden, fehlte das Deportationsalbum zunächst, da es in einem anderen Ermittlungsverfahren als Beweismittel eingesetzt und nicht mehr zurückgegeben worden war. Die Überstellung an das Staatsarchiv Würzburg erfolgte im Jahr 2001. Das im Staatsarchiv Würzburg unter der Signatur „Gestapo 18880a“ verwahrte Album enthält heute 119 durchnummerierte, auf 24 Aktendeckel aufgeklebte Fotos. Weitere vier Aktendeckel mit 19 Fotos sind nach dem Krieg in die USA gelangt und befinden sich heute im Holocaust Memorial Museum in Washington. Sie liegen dem Staatsarchiv nur als Kopien vor.

Die Fotos geben einen Einblick in die einzelnen Maßnahmen, die im Rahmen der Deportation von Würzburg bzw. Kitzingen vorgenommen wurden. Sie lassen einige Einzelpersonen, sowohl auf Täter- als auch auf Opferseite namentlich erkennen, wobei die meisten Opfer nicht identifiziert werden können. Die Fotos dokumentieren das Zusammentreiben der Menschen an „Sammelstellen“ in öffentlichen Lokalen in Würzburg und Kitzingen. Sie zeigen die Durchsuchung der jüdischen Bürger sowie ihres Gepäcks und dokumentieren, wie sie nach oft langen Wartezeiten zum Bahnhof getrieben wurden. Orte und Tageszeiten sind zu erkennen, so dass deutlich wird, dass in Würzburg und Kitzingen die Menschen zum Teil am helllichten Tag vor den Augen der Bevölkerung zum Bahnhof getrieben wurden. Die Fotos geben auch einen beschränkten Einblick in das Leid der Menschen, die versuchen, an ihre „Umsiedlung“ zu glauben und deshalb alle Anweisungen der Gestapo ordnungsgemäß zu erfüllen.

Bei der Analyse dieses Bildmaterials ist zu beachten, dass es sich hier um Fotos aus der Täterperspektive handelt. An vielen Stellen wird deutlich, dass Fotos absichtlich zur Bloßstellung der Menschen gemacht wurden. So wurden von einigen Personen Einzelaufnahmen gemacht, die erkennungsdienstlichen Aufnahmen ähneln. Sie wirken wie „Verbrecherfotos“⁴³. Zusammen mit den zynischen Kommentaren lässt sich sehr die diffamierende Absicht des sogenannten Deportationsalbums sehr deutlich erkennen.

⁴³ StAWü, Gestapo 18880a, Bilder 106 und 107.

5 Das Archivprojekt für die neunte Jahrgangsstufe

5.1 Einbettung des Projekts in den Lehrplan

Im neuen Lehrplan für die neunte Jahrgangsstufe sind für die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg etwa 17 Unterrichtsstunden vorgesehen. Verlangt ist, dass die Schüler im Rahmen dieser Unterrichtseinheit unter anderem die Ideologie des Nationalsozialismus sowie die „Entrechtung, Verfolgung und Ermordung der Juden“ behandeln.⁴⁴ Diese Lerninhalte können mit Hilfe des vorliegenden Archivprojekts gut vermittelt werden. Die Schüler erhalten durch das Studium der Gestapo-Akten einen differenzierten Einblick in die Diskriminierung der jüdischen Bürger zwischen 1933 und 1942 sowie in die hochbürokratisierte Logistik ihrer Verschleppung und Ermordung.

5.2 Erste Stunde: Inhaltliche und praktische Vorbereitung auf die Arbeit im Archiv

5.2.1. Lernziele

- Fähigkeit, schriftliche und bildliche Quellen zu analysieren
- Kenntnis der einzelnen Etappen der Diskriminierung und Entrechtung der Juden während der Zeit des Nationalsozialismus
- Einblick in die antisemitischen Maßnahmen und Ausschreitungen in Würzburg
- Einsicht in die Tatsache, dass der Holocaust in der unmittelbaren Umgebung der Schüler stattgefunden hat

5.2.2 Übersicht über die Stunde

Unterrichtsphase:	Lerninhalte:	Unterrichtsverfahren:	Medien:
Motivation	Darstellung der gesellschaftlichen Integration der jüdischen Bürger während der Weimarer Republik	UG	OHP
Erarbeitung 1	Analyse der Entrechtung und Diskriminierung jüdischer Bürger in Würzburg anhand ausgewählter Quellen	SA/UG	AB, TA
Erarbeitung 2	Exemplarische Analyse eines Fotos aus dem sogenannten Deportationsalbum	PA/UG	OHP
Organisation	Einteilung der Arbeitsgruppen und organisatorische Hinweise zum Archivbesuch	UG	OHP

5.2.3 Beschreibung der Stunde

Motivation:

Die Schüler betrachten mit Hilfe des OHP ein 1928 aufgenommenes Foto des Kaufhauses Ruschkewitz (Anhang 1). Nun sollen sie überlegen, wo es aufgenommen worden ist und was es darstellt. Sie werden möglicherweise antworten, dass es sich hier um den „Kaufhof“ in Würzburg handelt, der sich in der Fußgängerzone (Schönbornstraße 3) befindet. Daraufhin kann geklärt werden, dass es sich hier um das Geschäft des jüdischen Kaufmanns Siegmund Ruschkewitz handelt, der 1928 sein dreißigjähriges Geschäftsjubiläum feierte. Davon ausgehend kann erarbeitet werden, dass die jüdischen Bürger vor der Zeit des Nationalsozialismus offensichtlich zu großen Teilen wirtschaftlich und auch gesellschaftlich integriert waren.

⁴⁴ Lehrplan für das Gymnasium in Bayern, München 2009, G 9.2.

Erarbeitung 1:

Nun erarbeiten die Schüler anhand von Bild- und Textquellen, wie sich die Gesetze und Maßnahmen, die zur Entrechtung und Diskriminierung der jüdischen Bürger geführt haben, in Würzburg niederschlugen. Dazu wird ihnen ein Quellenblatt mit Text- und Bilddokumenten sowie mit Fragen zu den Quellen ausgeteilt (Anhang 1). Die Ergebnisse der Analyse werden in einem Tafelbild festgehalten.

Erarbeitung 2:

Als nächstes wird durch die Lehrkraft in die Thematik des Archivbesuchs eingeführt. Den Schülern wird erläutert, dass auf die Entrechtung die Deportation der Menschen folgte. Es wird auf das vorhandene Aktenmaterial der Gestapostelle Würzburg sowie auf das „Deportationsalbum“ hingewiesen. Damit beim Archivbesuch eine sorgfältige Analyse der Quellen gewährleistet ist, wird mit Hilfe des OHP gemeinsam eine Fotografie zur dritten Deportation (Anhang 1) analysiert. Die Schüler besprechen in Partnerarbeit, was durch das Foto über die Deportationsmaßnahme zu erschließen ist. Gemeinsam werden folgende Ergebnisse zusammengetragen:

- Deportiert wurden offensichtlich viele ältere Menschen.
- Die Menschen trugen zum Teil schweres Handgepäck, aber keine sperrigen Güter.
- Es war eine große Gruppe Deportierter, die von wenigen Bewachern begleitet wurde.
- Die Maßnahme fand bei Tageslicht statt, es sind Passanten zu erkennen, die zusehen.

Organisation:

Anschließend werden die Schüler in ihre Arbeitsgruppen eingeteilt. Die Arbeitsblätter für die Gruppen werden erst am Tag des Archivbesuchs ausgeteilt, aber die Schüler müssen bereits jetzt darauf hingewiesen werden, dass sie während des Besuchs im Archiv nur mit Bleistiften arbeiten dürfen.

5.2.4 Tafelbild

Die Entrechtung und Verfolgung der Juden in Würzburg

Gesetze und Maßnahmen	Ereignisse in Würzburg
Antisemitische Hetze	Rassistische Hetzkarikatur aus einem Würzburger Kalender von 1933: <ul style="list-style-type: none">- Die Gleichheit aller Menschen wird angezweifelt (Zitat des „jüdischen“ Dichters Heinrich Heine).- Die Juden werden als wohlgenährt und reich dargestellt (Börsennachrichten).- Angeblich typisch jüdische Merkmale (dunkle Haare, große Nasen) werden angeblich typisch „arischen“ Merkmalen (blonde Haare, schlanker athletischer Körperbau) gegenübergestellt.
Boycott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933	Artikel im „Würzburger Generalanzeiger“ vom 2. April 1933: <ul style="list-style-type: none">- Eindruck einer gut geplanten und konsequent durchgeführten Boykottaktion (ständige Wiederholung der Uhrzeit „Schlag 10 Uhr“)- Eindruck, die Bevölkerung habe diesen Boykott durchgängig und ohne Erklärungen der SA- und SS-Posten mitgetragen
„Arisierung“ jüdischer Betriebe	Inserate aus dem „Würzburger Generalanzeiger“ von 1938: <ul style="list-style-type: none">- „Arische“ Geschäftsleute nutzen die „Arisierung“ jüdischer Betriebe aus, indem sie versuchen, sich in sie einzukaufen.- Es kann vermutet werden, dass der Einkauf in diese Geschäfte unter dem tatsächlichen Wert der Geschäftsanteile stattfindet.
Die „Reichskristallnacht“ vom 10./11. November 1938	Tagebuchaufzeichnung des Schülers der ILBA (Jüdische Lehrerbildungsanstalt) in der Bibrastraße 6 in Würzburg: <ul style="list-style-type: none">- Angst beim Eintreffen der Randalierer- Entsetzen über den Vandalismus und die Drohungen- Entsetzen über das schamlose „Begafftwerden“ bei der Verhaftung („Schutzhaft“)

5.3 Zweite und dritte Stunde: Archivbesuch

5.3.1 Lernziele

Lernziele der Gesamtgruppe:

- Überblick über Vorbereitung und Ablauf einer Deportationsmaßnahme
- Einblick in die Organisationsstruktur der Deportationsmaschinerie
- Einblick in die systematische Beraubung der jüdischen Bürger
- Verständnis dafür, dass es sich bei diesen Maßnahmen um einen hochkomplexen, minutiös geplant und durchgeführten Vorgang handelte, der enorme Kapazitäten an Zeit, Organisation und Verwaltung erforderlich machte
- Einsicht in die Tatsache, dass die Versachlichung, Bürokratisierung und sprachliche Verharmlosung den Eindruck von Legalität erzeugen
- Fähigkeit zum Heranziehen von Sekundärliteratur wie Lexikonartikeln
- Aufstellen von Hypothesen darüber, was die betroffenen Personen auf der Basis der ihnen zugänglich gemachten Informationen über die Deportationsmaßnahmen wissen bzw. vermuten konnte

Lernziele einzelner Arbeitsgruppen:

- Einblick in Sozialstruktur und Lebensverhältnisse der deportierten Personen (Arbeitsgruppen 2, 4, 5, 6)
- Einblick in Versuche, der Deportation zu entgehen (Arbeitsgruppe 2)
- Verständnis dafür, dass die Deportationen auch den eigenen Wohnort betroffen haben (Arbeitsgruppen 4, 5, 6, 7)
- Einblick in das Schicksal einer von der Gestapo verfolgten, verschleppten und ermordeten Person (Arbeitsgruppen 5, 6)
- Fähigkeit, die Biographie einer Person aus einer Anzahl von Aktenblättern mit direkten und indirekten Hinweisen zu rekonstruieren (Arbeitsgruppen 5, 6)
- Fähigkeit, die Deportationsmaßnahmen auf der Basis von Fotografien zu erarbeiten und die Täterperspektive aus diesen Fotos zu erkennen (Arbeitsgruppe 7)

5.3.2 Übersicht über die Stunde

Unterrichtsphase:	Lerninhalte:	Unterrichtsverfahren:	Medien:
Einführung	Arbeit des Staatsarchivs Würzburg	LV	
Erarbeitung 1	Einsicht in Originale von Gestapo-Akten	GA	Gestapo-Akten
Erarbeitung 2	Durchführung des Projekts in Arbeitsgruppen	GA	Gestapo-Akten, AB
Reflexion	Zusammentragen der gewonnenen Eindrücke	UG	

5.3.3 Beschreibung der Stunde

Einführung:

Die Schüler werden, wenn möglich, von einem Mitarbeiter des Staatsarchivs etwa 45 Minuten lang in die Arbeitsweise eines Archivs eingeführt. In einem zweiten Teil der Einführung sollte auf die Gestapo-Akten eingegangen werden. Den Schülern wird ein Überblick über Umfang, und Zustand der Gestapo-Akten des Staatsarchivs gegeben. Themen wie Schutzfristen und deren Ablauf sollten hier ebenfalls zur Sprache kommen.

Erarbeitung 1 und 2:

Anschließend beginnt die Arbeit mit dem Aktenmaterial. Zunächst erhalten die Schüler etwa 30 Minuten lang die Möglichkeit, in einigen Originalakten der Gestapo vorsichtig zu blättern. Anschließend gehen sie zur eigentlichen Quellenarbeit über, die anhand von Kopien der Akten durchgeführt wird. Sie erhalten ihre Arbeitsblätter (Anhang 2) und beschäftigen sich insgesamt 90 Minuten lang mit dem Aktenmaterial. Es ist dabei empfehlenswert, eine Pause nach 45 Minuten einzuplanen.

Reflexion:

Da die eigentliche Besprechung der Arbeitsergebnisse erst in der nächsten Schulstunde erfolgt, ist es angebracht, den Archivbesuch mit einer etwa 20-minütigen Reflexionsphase abzuschließen. Hier können die Schüler äußern, was sie an der Arbeit mit den Gestapo-Akten besonders berührt hat.

5.3.3. Übersicht über die Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1:

Diese Arbeitsgruppe wird die Richtlinien und Verordnungen analysieren, die im Rahmen der ersten Deportation gesammelt wurden. Die Schüler verschaffen sich so einen Überblick über die Abläufe der ersten Deportation aus dem Blickwinkel der Täter.

Arbeitsgruppe 2:

Diese Arbeitsgruppe betrachtet die erste Deportation aus der Perspektive der Opfer, so weit dies die Akten, die ja Schriftstücke der Täter sind, erlauben. Sie sollen herausfinden, welche Informationen die Menschen über ihre Deportation erhalten haben, was sie im Rahmen ihrer Verschleppung tun mussten und was mit ihnen geschehen ist, nachdem die Akten ihre Spur verloren haben.

Arbeitsgruppe 3:

Diese Arbeitsgruppe wird sich mit der zweiten Deportation aus der Sicht der Gestapo-Beamten in Würzburg und Nürnberg beschäftigen. Es gibt bei dieser Arbeitsgruppe viele Überschneidungen mit der Arbeitsgruppe 2, welche die erste Deportation untersucht. Da jedoch die Opfer der zweiten Deportation unter anderem aus den Landkreisen Kitzingen und Ochsenfurt stammen und die Maßnahme selbst von Kitzingen ausgeht, gewinnen die Schüler aus den Schulen dieses Landkreises die Einsicht, dass der Holocaust unmittelbar in ihrer Umgebung stattgefunden hat, dass Opfer und Täter auch in ihrem Wohnort gelebt haben.

Arbeitsgruppe 4:

Diese Arbeitsgruppe betrachtet die zweite Deportation aus der Perspektive der deportierten Menschen. Es gibt hier viele Überschneidungen mit der Arbeitsgruppe 1, wobei hier die Opfer unmittelbar aus der Umgebung der Schüler aus den Landkreisen Ochsenfurt und Kitzingen stammen.

Arbeitsgruppe 5:

Diese Arbeitsgruppe betrachtet die Gestapo-Akte von Bella Kastanienbaum. Die Schüler verschaffen sich anhand dieser Akte einen Überblick über das Einzelschicksal einer aus Würzburg stammenden jüdischen Frau aus dem mittleren Bürgertum, die 1935 von einer Hausangestellten denunziert und deshalb von der Gestapo beobachtet und verfolgt wurde. Sie ist gemeinsam mit ihrem Mann im Rahmen der ersten Deportation nach Riga verschleppt und dort ermordet worden.

Arbeitsgruppe 6:

Diese Arbeitsgruppe betrachtet die Gestapo-Akte von Mina Sänger. Sie wurde in der zweiten Deportation verschleppt und ermordet. Vorher wurde sie von einem Mitglied des Sicherheitsdienstes denunziert, weil sie vermeintlich für das Reich wichtige Dokumente in ihren Brunnen geworfen hatte. Es handelt sich hier um eine Frau, die unmittelbar in Marktbreit, also am Wohnort der Schüler lebte.

Arbeitsgruppe 7:

Diese Arbeitsgruppe betrachtet das sogenannte Deportationsalbum. Seine Fotos dokumentieren die ersten drei Deportationen. Die Schüler rekonstruieren den Ablauf der einzelnen Maßnahmen anhand der Fotografien und versuchen aus ihnen so viele Informationen wie möglich über Täter, Opfer und Umstände der Deportationsmaßnahmen zu gewinnen.

5.4 Vierte Stunde: Auswertung

5.4.1 Lernziele

- Gewinnen eines Überblicks über alle sieben Deportation der mainfränkischen Juden
- Vertiefung der Kenntnisse in ausgewählten Schwerpunkten
- Gewinnen eines affektiven Zugangs zu der Thematik durch die Besprechung der fiktiven Tagebucheinträge von Opfern und Tätern

5.4.2 Übersicht über die Stunde

Unterrichtsphase:	Lerninhalte:	Unterrichtsverfahren:	Medien:
Einführung	Überblick über alle sieben mainfränkischen Deportationen	UG	OHP
Erarbeitung 1	Besprechung der ersten beiden mainfränkischen Deportationen	UG	AB, OHP
Erarbeitung 2	Besprechung der Schicksale einzelner Deportationsopfer	UG	AB, OHP
Reflexion	Vorstellen der fiktiven Tagebucheinträge von Opfern und Tätern	UG	AB

5.4.3 Beschreibung der Stunde

Einführung:

Als Einstieg in die Stunde werden den Schülern mit dem OHP eine Karte mit den Deportationszielen sowie eine Übersicht über die sieben mainfränkischen Deportationen gezeigt (Anhang 4). Die Arbeitsgruppen 2 und 4 können kurz die Ziele der ersten beiden Deportationen, die in die Umgebung von Riga und Lublin lagen, vorstellen.

Erarbeitung 1:

Nun stellen die Schüler, die sich mit den Opfern und den Tätern der ersten beiden Deportationen beschäftigt haben, ihre Arbeitsergebnisse vor. Für die Arbeitsgruppe, die das „Deportationsalbum“ vorstellt, werden mit Hilfe des OHP einige Fotos aus diesem Album gezeigt (Anhang 4).

Während der Erarbeitungsphase stellt die Lehrkraft die im Folgenden aufgelisteten Leitfragen, welche die Schüler mit Hilfe der während des Archivbesuchs bearbeiteten Arbeitsblätter beantworten können. Zur Überprüfung der Ergebnisse steht der Lehrkraft ein ausführlicher Erwartungshorizont zu den Fragen der einzelnen Arbeitsblätter zur Verfügung (Anhang 3).

- Ein Gestapo-Beamter aus Würzburg erhielt seine Anweisungen vom Reichssicherheitshauptamt in Berlin. Erkläre, was dies für eine Behörde ist.
(Arbeitsgruppe 3, Frage 5)
- Welche Personen waren von der ersten Deportation noch ausgenommen und warum?
(Arbeitsgruppe 1, Frage 3)
- Hat sich bezüglich der ausgenommenen Personen bei der zweiten Deportation etwas verändert?
(Arbeitsgruppe 3, Frage 4)

- Wie genau sollte die erste Deportation in Würzburg ablaufen?
(Arbeitsgruppe 1, Frage 8)
- Lassen sich bezüglich des Ablaufs für die zweite Deportation Unterschiede feststellen?
(Arbeitsgruppe 3, Frage 6)
- Was wurde den jüdischen Bürgern in den „Merkblättern“ mitgeteilt?
(Arbeitsgruppe 2, Frage 3)
- Beschreibt den Tonfall dieser Merkblätter.
(Arbeitsgruppe 2, Frage 4)
- Beschreibt, wie eine „Vermögenserklärung“ aussah und welchen Zweck sie wahrscheinlich hatte.
(Arbeitsgruppe 4, Fragen 5, 6)
- Beschreibt möglichst genau, welche Informationen man über die Deportationsopfer aus den Deportationslisten herauslesen kann.
(Arbeitsgruppe 2, Frage 2; Arbeitsgruppe 4, Frage 1)
- Beschreibt, was man aus den Fotos des „Deportationsalbums“ an Informationen über den Ablauf der Deportationsmaßnahmen herauslesen kann.
(Arbeitsgruppe 7)
- Stellt euren Mitschülern die folgenden beiden Bilder (OHP, Anhang 1) vor, entschlüsselt und interpretiert die zynischen Kommentare dazu.
(Arbeitsgruppe 7, Frage 7)

Erarbeitung 2:

Nun stellen die Arbeitsgruppen, die sich mit den Schicksalen von Bella Kastanienbaum und Mina Sänger beschäftigt haben, deren Schicksale vor. Sie dürfen das erzählen, was ihnen besonders wichtig erscheint. Die Lehrkraft kann mit Hilfe des Erwartungshorizonts bestimmte Aspekte durch Nachfragen hervorheben.

(Arbeitsgruppen 5 und 6).

Reflexion:

Um am Ende des Projekts noch einmal einen affektiven Zugang zu dem Themenbereich zu gewinnen, sollen zwei Schüler ihren fiktiven Tagebucheintrag vorlesen. Es sollte darauf geachtet werden, dass ein Täter und ein Opfer „zu Wort kommen“. Wenn noch Zeit bleibt, kann über diese fiktiven Tagebucheinträge diskutiert werden.

Quellenverzeichnis

Staatsarchiv Würzburg (StAWü):

Deportationsakten: Gestapo 18873, 18874, 18875

Deportationsalbum: Gestapo 18880a

Gestapoeinzelakten: Gestapo 367, 1604, 3203, 5680, 5683, 11662

Literaturverzeichnis

Christoph Daxelmüller, Roland Flade: Ruth hat auf einer schwarzen Flöte gespielt. Geschichte, Alltag und Kultur der Juden in Würzburg, Würzburg 2005

Giesela Drewald-Kerkmann: Denunziantentum und Gestapo, in: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo, Mythos und Realität, Darmstadt 2003, S. 288-305

Josef Endres: Hl. Blut in Iphofen, Würzburg 2007

Roland Flade: Die Würzburger Juden. Ihre Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Würzburg 1987

Robert Gellately: Die Gestapo und die deutsche Gesellschaft. Die Durchsetzung der Rassenpolitik 1933-1945, Paderborn 1993

Christoph Graf: Kontinuität und Brüche. Von der Politischen Polizei der Weimarer Republik zur Geheimen Staatspolizei, in: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo, Mythos und Realität, Darmstadt 2003, S. 73-83

Ingrid Heeg-Engelhart: Henny Ullmann 1906-1945. Zum Lebens- und Leidensweg einer Würzburger Jüdin, in: Mainfränkisches Jahrbuch 59/2007, S. 377-402

Raul Hilberg: Die Quellen des Holocaust, Frankfurt a. M. 2009

Alexander M. Klotz: Zur Situation der Juden in Unterfranken nach dem Ersten Weltkrieg, in: Wege in die Vernichtung, herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 41-46

Thomas Michel: Die Juden in Gaukönigshofen/Unterfranken 1550-1942, in: Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 38, Würzburg 1988

Gerhard Paul: Kontinuität und Radikalisierung. Die Staatspolizeistelle Würzburg, in: Gerhard Paul, Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo, Mythos und Realität, Darmstadt 2003, S. 161-187

Dieter Pohl: Die Deportation von Juden aus dem Deutschen Reich 1941-1943, in: Wege in die Vernichtung, herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 57-72

Wolfgang Scheffler, Diana Schulle (Berarb.): Buch der Erinnerung. Die in die baltischen Staaten deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden 1941-1945, München 2003

Elmar Schwinger: Von Kitzingen nach Izbica. Aufstieg und Katastrophe der mainfränkischen Israelitischen Kultusgemeinde Kitzingen. Schriften des Staatsarchivs Kitzingen, Bd. 9, Kitzingen 2009

Herbert Schott: Die ersten drei Deportationen mainfränkischer Juden 1941/42, in: Wege in die Vernichtung, herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 73-167

Herbert Schott: Das Fotoalbum zur Deportation der mainfränkischen Juden, in: Wege in die Vernichtung, herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2003, S. 167-177

Lehrplan für das Gymnasium in Bayern, München 2009

Abbildungsverzeichnis:

Abbildung S. 28 oben: Kaufhaus Siegmund Ruschkewitz 1928, in: Roland Flade: Die Würzburger Juden, Würzburg 1987, S. 222. Bildrechte: Hans Rusk, Johannesburg.

Abbildung S. 28 unten: Dritte Deportation vom 25.04.1942, in: StAWü, Gestapo 18880a.

Abbildungen S. 29 M1-3: Dieter W. Rockenmaier: Das Dritte Reich und Würzburg, Würzburg 1983, S. 56, 119. Bildrechte: Mainpost-Archiv.

Abbildungen S. 80, 86: Die Vernichtung der Juden („Endlösung“) 1939-1944, in: dtv-Atlas zur Weltgeschichte, München 1990, S. 204.

Abbildungen S. 81: Dritte Deportation vom 25.04.1942, in StAWü, Gestapo 18880a.

Abbildung S. 83: „Eröffnung“ anlässlich der ersten Deportation vom 27.11.1941, in: StAWü, Gestapo 14625.

Abbildung S. 84f: „Merkblatt“ anlässlich der ersten Deportation vom 27.11.1941, in StAWü, Gestapo 18873.